



RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION



Schlussfolgerungen des Rates zur Einschränkung der Verfügbarkeit von Waffen und Sprengstoff für Terroristen und Straftäter und zur Annahme und Verbesserung einschlägiger Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Union

*2807. Rat "JUSTIZ und INNERES"
Luxemburg, 12. und 13. Juni 2007*

Der Rat hat folgende Schlussfolgerungen angenommen:

"DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

- eingedenk dessen, dass der illegale Erwerb und die illegale Verwendung von Waffen und Sprengstoff eine ernste Bedrohung für die Bürger der Europäischen Union darstellen und dass Terroristen die zerstörerische Wirkung von Sprengstoff nutzen, um in der Absicht, Menschen zu töten, zu verletzen und zu ängstigen, Anschläge zu verüben, wie die jüngsten Anschläge in Madrid, London und an anderen Orten in erschreckender Weise gezeigt haben;
- in dem Glauben, dass die Kriminalprävention und die Terrorismusbekämpfung sich nicht allein auf Ermittlungen der Sicherheitsbehörden konzentrieren sollten, durch die (mögliche) Täter ergriffen und ihre Pläne aufgedeckt und zunichte gemacht werden sollen, sondern dass es darüber hinaus auch wichtig ist, "terroristischen Organisationen und Gruppen die Werkzeuge für ihre Machenschaften aus der Hand zu schlagen" und "für mehr Sicherheit in Bezug auf Schusswaffen, Sprengstoffe, Materialien für die Bombenherstellung und Technologien, die zur Verübung terroristischer Gräueltaten beitragen" zu sorgen, wie der Europäische Rat in seiner Erklärung vom 25. März 2004 hervorgehoben hat;

P R E S S E

Rue de la Loi 175 B - 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 9548 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026
press.office@consilium.europa.eu <http://www.consilium.europa.eu/Newsroom>

- in der Erwägung, dass Terroristen und Straftäter um so wirksamer davon abgehalten werden, Gewalttaten vorzubereiten und durchzuführen je höher die Hindernisse für den illegalen Erwerb und die illegale Verwendung von Schusswaffen und Sprengstoff sind;
- eingedenk dessen, dass verschiedene Akteure auf EU-Ebene zahlreiche Anstrengungen unternehmen, um die derzeitige Verfügbarkeit von Waffen und Sprengstoff für Straftäter und Terroristen weiter einzuschränken; manche dieser Bemühungen sind darauf ausgerichtet, die konventionellen Instrumente des Waffen- und Sprengstoffrechts anzupassen, teilweise sollen neue Kontroll-, Sicherheits-, Informations- und Überwachungsmechanismen entwickelt werden, die auch solche Stoffe und Erzeugnisse abdecken, die zur Herstellung von Sprengstoff verwendet werden können, ohne dass dies ihr eigentlicher Zweck ist; weitere Bemühungen zielen darauf ab, die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Waffen- und Sprengstoffkriminalität zu verstärken und den Austausch relevanter Informationen zwischen den Polizeibehörden zu erleichtern;

BEGRÜSST die Initiative des Ausschusses "Artikel 36", der auf seiner Tagung vom 26./27. April 2007 den Vorsitz gebeten hat, auf der Grundlage eines detaillierten Berichts die wirksame Fortsetzung und den raschen Abschluss der laufenden Arbeiten auf EU-Ebene zur weiteren Einschränkung der Verfügbarkeit von Waffen und Sprengstoff für Straftäter und Terroristen zu fördern;

BEGRÜSST die Absicht Portugals, sich während seiner bevorstehenden EU-Ratspräsidentschaft ebenfalls auf die Sicherheit in Bezug auf Sprengstoffe und auf die Bekämpfung der Waffen- und Sprengstoffkriminalität zu konzentrieren;

RUFT alle verantwortlichen Gremien der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten auf, alles daranzusetzen, die laufenden Tätigkeiten der EU rasch abzuschließen;

BEGRÜSST die Bemühungen der Kommission zur Ausarbeitung eines EU-Aktionsplans in Bezug auf Sprengstoffe und insbesondere die Arbeit der Task Force der Experten für Sprengstoffsicherheit;

BEGRÜSST die Absicht des durch Artikel 36 des Vertrags über die Europäische Union eingesetzten Ausschusses, Anfang 2008 eingehend zu prüfen, ob weitere Maßnahmen von Seiten der EU erforderlich sind und welche Maßnahmen dies sein könnten;

IST DER AUFFASSUNG, dass folgende Aspekte im Rahmen der weiteren Entwicklungen berücksichtigt werden sollten:

- Gemeinsame und koordinierte Maßnahmen der Mitgliedstaaten verhindern, dass sich in unterschiedlichen Bereichen unterschiedliche Sicherheitsniveaus herausbilden, und erleichtern die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen bei der Terrorismusbekämpfung und der Kriminalprävention.
- Für Stoffe und Erzeugnisse, die von Terroristen und Straftätern zur Herstellung von Sprengstoff missbraucht werden können, sind intelligente und flexible Kontroll-, Informations- und Überwachungsmechanismen erforderlich; es müssen praktikable und ausgewogene Systeme entwickelt werden, die auf spezifische Gefahrenquellen ausgerichtet sind; vor dem Hintergrund der Freiheiten im Binnenmarkt können diese Systeme nur dann wirksam sein, wenn sie in allen Mitgliedstaaten umgesetzt und überall auf die gleiche Art und Weise angewandt werden; gemeinsame Standards in diesem Bereich verringern die Wettbewerbsverzerrung, die durch unterschiedliche Kosten für Unternehmen und Bürger entstehen würde.

- Der technische Fortschritt begünstigt die Entwicklung neuer Sprengstoffe und Sprengzünder, gleichzeitig erleichtert er die Entwicklung neuer Detektionsgeräte und Abschreckungsmittel; um ein hohes und einheitliches Sicherheitsniveau in Europa zu erreichen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Mitgliedstaaten in Forschung und Entwicklung eng zusammenarbeiten, ihre Erkenntnisse austauschen und gegebenenfalls ihre Strategien koordinieren; es wird empfohlen, europäische Projekte in die Wege zu leiten und verfügbare europäische Finanzmittel zu nutzen.
 - Ein intensiver Austausch polizeilicher Informationen über Waffen- und Sprengstoffkriminalität zwischen den Mitgliedstaaten unterstützt nicht nur die Ermittlungen bei Straftaten, sondern erleichtert auch die Analyse und Erkennung von Organisations- und Beschaffungsstrukturen in ihrer Gesamtheit; in diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, rasch eine zentrale Datenbank bei Europol aufzubauen, in der EU-weit Daten über Straftaten im Zusammenhang mit Sprengstoff und Brandstiftung mit terroristischem Hintergrund erfasst werden."
-